

**Wir können sie stoppen! Aufstehen gegen Rechts!
Kundgebung am 29.6.2023 um 15.00 vor dem Rathaus**

Am 14. Mai haben 6.000 Lübecker Menschen die „Alternative für Deutschland“ (AfD) in die Lübecker Bürgerschaft gewählt! Damit hat sich das Ergebnis verdoppelt. Am 6. Mai 2018 wählten über 3.000 Menschen die AfD.

Mit der AfD wurde eine offen rechtsradikale Partei gewählt!

Die AfD ist eine undemokratische Partei, die demokratisch gewählt wurde, aber unsere Demokratie abschaffen will.

Mit heute vier statt drei Mitgliedern ist es eine mittlere Fraktion und so kann die AfD das politische Geschehen in Lübeck noch aktiver beeinflussen. Zudem erhält sie mehr Zugang zu Finanzen, Räumlichkeiten der Stadt sowie Aufwandsentschädigungen. Sie kann Menschen aus ihren Reihen in Voll- oder Teilzeit beschäftigen. Damit kann die AfD ihre Struktur in Lübeck in einem erheblichen Maß weiter ausbauen und festigen und so ihre menschenverachtende Politik verstärkt etablieren.

Auf Bundesebene ist die AfD offen rassistisch und wird vom Verfassungsschutz beobachtet.

Wissen AfD Wähler:innen, dass sie keine harmlosen Protestwähler:innen sind?!
Wissen AfD-Wähler:innen, dass sie mit ihrer Entscheidung für die AfD einer rechtsradikalen- teils faschistoiden- Politik den Weg bahnen?!

Positionen gegen die offene Gesellschaft und die liberale Demokratie sind unter AfD-Wähler:innen weit verbreitet und vor allem stabil.

Das müssen wir endlich ernstnehmen und uns als Bürger:innen dem entgegen stellen. Viele Menschen glaubten, dass die AfD sich von selbst zerlegt - die aktuellen Ergebnisse zeigen, dass dem nicht so ist!

Am Donnerstag, den 29.06.2023 findet die erste öffentliche Sitzung der Lübecker Bürgerschaft in der neuen Legislaturperiode statt.

Das nehmen wir zum Anlass, uns für ein offenes, demokratisches Lübeck einzusetzen, gegen eine nationalistische, rassistische, sexistische, autoritäre, unsoziale und ausgrenzende Politik!

Die AfD muss als ernsthafte Gefahr für unsere Demokratie bekämpft werden! Diese Partei, die von Bürger:innen gewählt wurde, muss auch von Bürger:innen selbst wieder abgewählt werden. Die AfD und mit ihr die „Neue Rechte“ sind längst tief in der Gesellschaft verankert. Die Verbindung der AfD zu organisierten, neonazistischen Strukturen ist kein Geheimnis.

Gemeinsam aktiv werden – für eine solidarische und tolerante Stadt!

Die AfD über weitere fünf Jahre in der Bürgerschaft zu wissen, stellt uns vor große Herausforderungen. Es gilt denjenigen, die unter der Politik der AfD leiden werden, solidarisch zur Seite zu stehen. Wir sind solidarisch mit Menschen mit Migrationshintergrund, Erwerbslose, Frauen und queere Menschen, sowie allen Menschen die sich für eine diverse, inklusive, solidarische und klimaneutrale Zukunft einsetzen. Sie stehen im hetzerischen Fokus der AfD und deren Gefolgsleuten. Gewalttätige Angriffe auf diese Menschen werden immer häufiger und brutaler.

Wir müssen der Hetze der AfD entgegenreten.

Wir fordern die demokratischen Fraktionen auf, jegliche Zusammenarbeit mit der AfD Fraktion abzulehnen, keine AfD Vertreter:innen in Ausschüsse oder Gremien zu wählen und keine heimliche Zusammenarbeit für Mehrheiten zuzulassen.

Wir kämpfen für ein Lübeck, wie wir es uns wünschen: offen, tolerant und vielfältig.

**Kommt zur Kundgebung, macht Werbung und bringt Freund:innen mit.
Für ein solidarisches Miteinander und für ein gutes Leben für Alle! Für eine offene Gesellschaft und liberale Demokratie!**

Erstunterzeichner:innen

DGB-Region Schleswig-Holstein Südost	AWO Schleswig-Holstein, Jugend- und Familienhilfe, Region Süd-Ost
	AWO Frühe Hilfen
VVN - BdA	Humanistische Union Lübeck
Kreisvereinigung Lübeck/Hzgt.Lauenburg	
Omas gegen Rechts Lübeck	DIE LINKE.Lübeck
GEW Kreisverband Lübeck	Grün+alternativ+Links Wählergemeinschaft
Attac Lübeck	Grüne Lübeck
Evangelisch-Reformierte Gemeinde Lübeck	SPD Lübeck
Elisabeth Hartmann-Runge, Flüchtlingsbeauftragte Ev.Luth. Kirchenkreis Lübeck-Lauenburg	IGBCE Ortsgruppe Lübeck-Ostholstein Frauenverband Courage
Ev.-Luth. Kirchenkreis Lübeck-Lauenburg Beauftragter Kirchen gegen Rechtsextremismus für Demokratie und Menschenrechte	Tagesgruppe Innenstadt AWO Schleswig-Holstein gGmbH Lübecker Flüchtlingsforum e.V.
Joachm Nolte	Ver.di Bezirk Lübeck Süd-Ostholstein
Frauenhaus AWO Schleswig-Holstein gGmbH	DFG-VK-HL-OH